



Fragenkatalog der Fraktionen

Antworten von Jeff Halper

Jeff Halper

Direktor des Israelischen Komitees gegen Häuserzerstörung
(Israeli Committee Against House Demolitions, ICAHD)

I. Die Menschenrechte in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten im internationalen Kontext

1. Israel ist als jüdischer und demokratischer Staat sowohl aufgrund seiner Geschichte sowie seiner geographischen Gegebenheiten innerhalb der Region Nahost in einer besonderen Situation. Welche Folgen ergeben sich daraus aus Ihrer Sicht für das Verständnis und die Achtung der Menschenrechte insbesondere im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten? (CDU/CSU)

Ein Land kann nicht einer bestimmten Gruppe „gehören“ und gleichzeitig eine wahre Demokratie sein, in der die Menschenrechte geachtet werden. *Entweder* ist ein Land eine Demokratie ohne Wenn und Aber oder aber es zieht eine Gruppe anderen Gruppen vor, wie im Falle Israels, das sich selbst als „jüdischen“ Staat bezeichnet. Per Definition sind 25-30 % der nichtjüdischen Bürger Israels – Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft („Israelische Araber“), Russen und andere nichtjüdische Immigranten, Asylbewerber und ausländische Arbeitskräfte, die im Land verbleiben – Bürger zweiter Klasse. Hinzu kommt, dass Israel nicht bereit ist, eine Grenze zwischen sich als Staat und den 1967 von Israel besetzten Gebieten zu ziehen. Damit erhebt es *de facto* einen Anspruch auf Gebiete, die weit über das hinausgehen, was die internationale Gemeinschaft als Staat Israel anerkennt, nämlich auf „Ost“-Jerusalem, das Westjordanland, den Gazastreifen und die Golanhöhen. Dies hat zur Folge, dass weitere 4,5-5 Millionen palästinensische Araber dauerhaft unter israelischer Herrschaft leben, jedoch als „Nichtjuden“ nicht in den Genuss von Bürgerrechten, grundlegenden Menschenrechten oder nationalen Rechten in ihrer Eigenschaft als Palästinenser kommen. Kurz gesagt besteht für mehr als die Hälfte der Bevölkerung, die auf offiziellem oder inoffiziell Wege in den „jüdischen“ Staat Israel eingegliedert wurde, keinerlei Anspruch auf Menschenrechte.

Auch in den Nachbarstaaten Israels leiden die Menschen unter erheblichen Defiziten bei den Menschenrechten. Der Bürgerkrieg in Syrien ist letztlich das Ergebnis einer jahrzehntelangen Unterdrückung durch die aufeinanderfolgenden Assad-Regierungen. Die Niederschlagung der Demokratiebewegung des „Arabischen Frühlings“ in Ägypten, der Sturz der demokratisch gewählten Vorgängerregierung durch die al-Sisi-Regierung und die Verfolgung von Journalisten und Regimekritikern verweisen allesamt auf eine düstere Menschenrechtsslage. Die Tatsache, dass seit 70 Jahren 350 000 palästinensische Flüchtlinge in Camps im Libanon interniert sind, die keinerlei Möglichkeit haben, einer existenzsichernden Beschäftigung nachzugehen, oder die Unterdrückung von Frauen und Minderheiten – all dies sind Hinweise darauf, dass es in den Nachbarstaaten Israels schwerwiegende Defizite bei den Menschenrechten gibt (wobei die Situation in Jordanien möglicherweise noch am besten ist, insbesondere weil es dem Land gelingt, ungeachtet der schwachen Konjunktur, des

massiven Zustroms von Flüchtlingen und der Bedrohung durch den radikalen Islam eine parlamentarische Demokratie am Leben zu halten).

In Israel fällt die Menschenrechtsbilanz in Anbetracht der nunmehr 50 Jahre währenden Besatzung, Unterdrückung und Ausgrenzung der Palästinenser nicht besser aus als in den Nachbarstaaten. Die Inhaftierung von 60 000 Asylsuchenden aus Eritrea und dem Südsudan (die als „Eindringlinge“ bezeichnet werden) und die Kampagne für ihre Rückführung in verschiedene afrikanische Staaten (hauptsächlich nach Uganda und Ruanda, die sich im Austausch gegen militärische und finanzielle Hilfe von dieser Lösung überzeugen ließen) sowie die Strategie von Waffenlieferungen an die weltweit größten Menschenrechtsverletzer zeugen nicht gerade vom Vorhandensein einer „jüdischen Demokratie“, die sich *per definitionem* und vor dem Hintergrund einer bewusst fortgesetzten Besatzung zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet haben könnte.

2. Die islamistische Terrormiliz des sogenannten „Islamischen Staates“ bedroht auch und in besonders aggressiver Weise die Sicherheit der israelischen Bevölkerung. Sicherheit, Freiheit und die Achtung der Menschenrechte stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Wie begegnet Israel dieser Bedrohung und welche Auswirkungen sind für die israelische Gesellschaft zu erwarten? (CDU/CSU)

Die Sicherheit Israels wird *nicht* und auch ganz sicher nicht auf „aggressive Weise“ durch den Islamischen Staat (ISIS, ISIL) bedroht. Zunächst einmal ist es so, dass sich Israel im Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten öffentlich auf die Seite der Sunniten gestellt hat und als solches ein enger (wenn auch diskreter) Verbündeter Saudi-Arabiens ist, das ISIS und Al-Qaida ideologische wie finanzielle Unterstützung gewährt. (Israel lässt sogar in Syrien verletzte Al-Qaida-Kämpfer in seinen medizinischen Einrichtungen auf den Golanhöhen behandeln). Darüber hinaus hat der Islamische Staat öffentlich verkündet, dass Israel und die Juden *nicht* zu seiner Zielscheibe zählen, sowohl angesichts der israelischen Allianz mit den Sunniten (ISIS ist eine sunnitische Organisation) als auch aufgrund der Tatsache, dass die Juden im Koran nicht als Feinde bezeichnet werden. Es hat niemals einen Angriff des ISIS auf Israel gegeben, und die Organisation steht zwar unter Beobachtung, wird jedoch von Israel nicht als Bedrohung wahrgenommen.

3. Hat sich angesichts der dramatisch geänderten politischen Lage im gesamten Nahen Osten die Bedeutung gewandelt, welche die internationale Gemeinschaft dem klassischen Nahost-Konflikt zwischen Israel und Palästina beimisst, und wenn ja, welche Konsequenzen folgen daraus für den Friedensprozess und die Menschenrechte in Israel und Palästina? (SPD)

Sowohl der ehemalige US-Außenminister John Kerry als auch sein Nachfolger Rex Tillerson haben mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass es ohne eine Lösung des Israel-Palästina-Konflikts nicht möglich sein wird, die gesamte Region des Nahen Ostens zu stabilisieren und die daraus hervorgehenden Sicherheitsbedrohungen für Europa und die westliche Welt zu verringern. Für die arabische und die islamische Welt steht dieser Konflikt sinnbildlich für den Neokolonialismus des Westens, der politische Polarisierung, riesige Waffenmengen, um sich greifende militärische Konflikte und Unterdrückung in die Region bringt. Die Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft in den vergangenen 50 Jahren die Fortsetzung und Verstärkung der israelischen Besatzung weiterhin zugelassen und nichts gegen die *de-facto*-Annektierung palästinensischer Gebiete im Zuge einer umfassenden israelischen Siedlungskampagne unternommen hat (inzwischen leben nahezu 800 000 Israelis in großen Stadtgebieten in Ostjerusalem und im Westjordanland), wird von Arabern und Muslimen als feindselige Haltung gegenüber ihrem Streben nach Freiheit und Demokratie und als Doppelzüngigkeit der westlichen Welt im Hinblick auf menschenrechtliche Belange gewertet.

Israel ist der Überzeugung, dass es an der Besatzung festhalten kann (die es nicht als solche bezeichnet, da es das gesamte Land als Eretz Israel betrachtet), weil es in diesem Ansinnen kritiklos von Deutschland, Europa, der westlichen Welt und einem Großteil der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird und

von dieser Seite mit Sicherheit keinerlei Sanktionen zu befürchten hat. Israel fühlt sich als „Sieger“, hält den Konflikt für beendet und geht davon aus, dass die Palästinenserfrage auf internationaler Ebene immer mehr in den Hintergrund rücken wird.

4. Wie schätzen Sie die (Nicht-)Fortschritte beim Wiederaufbau des Gazastreifens unter besonderer Berücksichtigung des „Gaza Reconstruction Mechanism“ und des Agierens der internationalen Gemeinschaft ein? (DIE LINKE.)

Die politische und materielle Lage der Palästinenser in Gaza ist gleichermaßen eine Schande für Israel wie auch für die internationale Gemeinschaft. Nahezu zwei Millionen Menschen sind dort in einer riesigen Gefängniszelle eingesperrt, können nicht ausreisen (was einen Verstoß gegen Artikel 35 der Vierten Genfer Konvention darstellt), leben in Armut und werden ganz bewusst an den Rand des Verhungerns gebracht (Israel kontrolliert die in Gaza zulässige *Kalorienmenge!*), haben keinen Zugang zu eigenen Einkommensmöglichkeiten, dürfen das Meer nicht befischen und ihre Felder nicht bestellen. Nach Angaben der UNO wird Gaza *noch in diesem Jahr* unbewohnbar sein.

Die internationale Gemeinschaft lässt Israel diktieren, welche Waren wie schnell und für welche Zwecke nach Gaza eingeführt werden und erwirbt diese Waren absurderweise sogar in Israel, was zur Folge hat, dass die Besatzungsmacht von der Besatzung profitiert. Seit dem Angriff auf Gaza im Jahre 2014 hat es so gut wie keine Bemühungen um einen Wiederaufbau gegeben, und die Vereinten Nationen und die Weltgesundheitsorganisation warnen vor einem Ausbruch von Infektionskrankheiten.

Zu dem Vorwurf, dass die Hamas für diese Situation verantwortlich sein solle, weil sie Israel angegriffen habe, lassen sich zwei Dinge sagen. Erstens steht Gaza seit nunmehr einem halben Jahrhundert unter Besatzung, und das Völkerrecht gestattet einem unterdrückten Volk, sich, auch mit Hilfe von Waffengewalt, gegen kolonialistische Bestrebungen, Apartheid und Unterdrückung zur Wehr zu setzen. Zweitens hat Israel bei allen Angriffen den Konflikt bewusst heraufbeschworen, indem es offizielle Waffenstillstandsvereinbarungen gebrochen und Bewohner des Gazastreifens getötet hat.

5. Welche Mitverantwortung für die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten liegt Ihrer Ansicht nach bei den USA und den EU-Mitgliedstaaten vor - sowohl auf politisch-diplomatischer Ebene als auch in Form von Rüstungsexporten und der Unterstützung israelischer Rüstungsprojekte sowie der Sicherheitskooperation zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde? (DIE LINKE.)

Es liegt auf der Hand, dass Israel seine Besatzung nicht ohne die Unterstützung der USA und der EU-Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschlands, aufrechterhalten könnte. Der internationalen Gemeinschaft ist es nicht gelungen, das von ihr bevorzugte Programm einer Zweistaatenlösung auszuhandeln oder gar einem sich dagegen sträubenden Israel aufzuerlegen. Sie hat es Israel sogar gestattet, sein Programm zur Besiedlung und Annektierung der besetzten palästinensischen Gebiete (Occupied Palestinian Territories, OPT) fortzuführen. Obwohl Israel gegen nahezu alle Artikel der Vierten Genfer Konvention verstößt, die Aufnahme ernstzunehmender Verhandlungen mit den Palästinensern ablehnt und die Besatzung kontinuierlich verstärkt, hat die internationale Gemeinschaft bisher keine Sanktionen gegen das Land verhängt, ja noch nicht einmal damit gedroht. Ganz im Gegenteil. Israel wurde in die OECD aufgenommen, obwohl es die erforderlichen Menschenrechtsstandards nicht erfüllt, und verfügt über einen privilegierten Handelsstatus mit der EU – sowie über eine „besondere Beziehung“ zu Deutschland. Tatsächlich stammt die Mehrzahl der Waffen, mit deren Hilfe Israel die Besatzung aufrechterhält, aus den USA und den EU-Mitgliedstaaten, welche Israel wiederum viele der Waffen- und Sicherheitssysteme abkaufen, die Israel in den Palästinensergebieten insbesondere zur Kontrolle der Bevölkerung einsetzt. (Darüber schreibe ich in meinem Buch *War Against the People*.)

6. In welchem Verhältnis muss Ihrer Einschätzung nach Druck aus der israelischen und

aus der palästinensischen Gesellschaft und Druck von außen stehen, damit eine Verbesserung der Menschenrechtslage erreicht werden kann? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Israel konnte die internationale Gemeinschaft irgendwie davon überzeugen, die Bestimmungen der Vierten Genfer Konvention sowie andere Aspekte des Völkerrechts auszusetzen. Somit ist es Israel auch weiterhin nicht nur gestattet, die palästinensische Bevölkerung ungestraft zu unterdrücken, es wird dafür sogar mit einer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Unterstützung durch die USA und die EU-Mitgliedstaaten belohnt. Sollte die Vierte Genfer Konvention – und damit die Vorschriften, die sich die internationale Gemeinschaft selbst gegeben hat – jemals wirklich durchgesetzt werden, dann würde die Besatzung unter dem Druck ihrer eigenen Rechtswidrigkeit zusammenbrechen.

II. Die Umsetzung von Menschenrechten in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten

1. Welche Bedeutung wird dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit in Israel beigemessen, welchen Status besitzen religiöse Minderheiten dort und wie wird das Menschenrecht auf Religionsfreiheit in den Palästinensischen Gebieten insbesondere gegenüber der dort lebenden arabischen christlichen Minderheit beachtet und umgesetzt? (CDU/CSU)

Alles im allem achtet Israel die Religionsfreiheit. Allerdings wird das Recht der palästinensischen Bewohner des Westjordanlands und des Gazastreifens auf freie Religionsausübung schwerwiegend verletzt, weil es ihnen nicht gestattet ist, nach Jerusalem zu reisen und damit an den Ort, der für das religiöse Leben gläubiger Christen und Muslime von zentraler Bedeutung ist.

2. Welches sind die menschenrechtlich größten Probleme in den Justizsystemen Israels und Palästinas, und welches Instrumentarium steht der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung, um die Rechtsstaatlichkeit in beiden Ländern zu stärken und das Los derer zu verbessern, die in die Mühlen der Justiz geraten sind? (SPD)

Ein Land, das ein anderes Land seit mehr als einem halben Jahrhundert besetzt hält, kann kein echter Rechtsstaat sein. Die Palästinenser haben keinerlei Kontrolle über ihr Leben, und unter der Besatzung besteht die Hauptfunktion der Palästinensischen Autonomiebehörde darin, die Sicherheit Israels und nicht die Rechte und die Sicherheit ihrer eigenen Bürger zu gewährleisten. Israel missachtet die Geltungskraft der Vierten Genfer Konvention in den besetzten palästinensischen Gebieten, was zur Folge hat, dass sein geltendes Rechtssystem sowie sein Oberstes Gericht und sein Parlament die mit der Konvention eingeführten Rechtsgarantien für den Schutz der unter Besatzung lebenden geschützten Personen effektiv außer Kraft setzen. Dass Israel den besetzten palästinensischen Gebieten sein eigenes Rechtssystem auferlegt, ob nun mit Blick auf zivilrechtliche Bestimmungen oder Militärordnungen, stellt sogar einen grundlegenden Verstoß gegen das Völkerrecht dar. Von einem auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruhenden Staat kann nur dann die Rede sein, wenn die internationale Gemeinschaft auf der Anwendung der Vierten Genfer Konvention und anderer völkerrechtlicher Instrumente in den besetzten palästinensischen Gebieten besteht. Im Übrigen sieht die Vierte Genfer Konvention die Einberufung eines Tribunals vor, das über einen Verstoß gegen ihre Bestimmungen und die möglicherweise daraus resultierenden Sanktionen entscheiden soll. Der Eindruck der Ungerechtigkeit und Heuchelei wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass die Hohen Vertragsparteien, zu denen auch Deutschland gehört, dieses Tribunal noch nie im Zusammenhang mit der israelischen Besatzung einberufen haben und somit selbst rechtsstaatliche Prinzipien missachten. Warum sollte sich Israel zu Rechtsstaatlichkeit verpflichten, wenn dies nicht von ihm verlangt wird und seine einseitige Herrschaft und Unterdrückung keinerlei Sanktionen nach sich ziehen?

3. Mitte April sind über 1.000 Palästinenser in Protest gegen ihre Haftbedingungen in den

Hungerstreik getreten. Wie schätzen Sie die Haftbedingungen für Palästinenser derzeit ein? Wie hoch ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen vor allem seit Beginn der sogenannten Messer-Intifada an der Anzahl der palästinensischen Gefangenen? Wie sind ihre Haftbedingungen? Wie entwickelt sich die Zahl der sogenannten Häftlinge in Administrativhaft? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein die Forderungen der palästinensischen politischen Häftlinge – nach solch grundlegenden Dingen wie einem öffentlichen Telefon, über das die Häftlinge mit ihren Familien kommunizieren können, nach dem Recht auf Familienbesuche *zweimal* im Monat, die eineinhalb Stunden und nicht 45 Minuten dauern dürfen, nach der Möglichkeit, ein Foto mit der Familie aufnehmen zu können, nach einer angemessenen gesundheitlichen Versorgung, einschließlich regelmäßiger Vorsorgeuntersuchungen, nach würdevollen Haftbedingungen für weibliche Insassen, nach der Installation von Klimaanlage in den stickigen und völlig überbelegten Zellen, nach einem Zugang zu Büchern und Zeitschriften für die Inhaftierten sowie nach Bildungsmöglichkeiten, nach einer Abschaffung der Einzelhaft und Administrativhaft ohne Anklage oder Gerichtsverfahren – sprechen für sich, was die Haftbedingungen der 6 500 politischen Häftlinge in israelischen Gefängnissen anbelangt.

Im Dezember 2015 befanden sich 422 palästinensische Kinder in israelischen Haftanstalten, 116 von ihnen im Alter zwischen 12 und 15 Jahren. *No Way To Treat A Child* ist ein Bericht von Defense of Children International aus dem Jahre 2016 über den Umgang mit palästinensischen Kindern nach israelischem Militärrecht. Eine Gruppe britischer Rechtsanwälte unter Leitung des ehemaligen Richters am britischen High Court, Sir Stephen Sedley, hat 2012 einen Bericht mit dem Titel *Children in Military Custody* herausgebracht. Sie kam zu dem Ergebnis, dass alljährlich 500-700 palästinensische Kinder – was weltweit der höchsten Quote entspricht – im Westjordanland mit der israelischen Militärjustiz in Kontakt kommen, dagegen aber kein einziges israelisches Kind. Während israelische Kinder, die älter als 12 Jahre sind, einen zivilrechtlichen Anspruch darauf haben, dass ihre Eltern bei Verhören anwesend sind, steht palästinensischen Kindern dieses Recht nicht zu. Israelische Kinder müssen innerhalb von 12-24 Stunden einem Richter vorgeführt werden, palästinensische Kinder dagegen erst nach 8 Tagen. Israelische Kinder müssen innerhalb von 48 Stunden Zugang zu einem Rechtsanwalt erhalten, palästinensische Kinder nach 90 Tagen. Israelische Kinder können 40 Tage ohne Anklage festgehalten werden, palästinensische Kinder 188 Tage oder ein halbes Jahr. Das Gerichtsverfahren gegen ein israelisches Kind muss innerhalb von 6 Monaten abgeschlossen sein, das gegen ein palästinensisches Kind innerhalb von 2 Jahren.

Die Delegation hat sich mit Vertretern palästinensischer und israelischer NRO, Mitarbeitern von UN-Einrichtungen, ehemaligen israelischen Soldaten und palästinensischen Kindern getroffen, die folgende Aussagen gemacht haben:

Kinder, die als Straftäter oder Verdächtige ermittelt wurden, werden in der Regel von Soldaten in nächtlichen Razzien an ihren Wohnorten verhaftet. Ihnen werden die Augen verbunden und die Hände schmerzhaft auf dem Rücken gefesselt, bevor sie in einigen Fällen mit dem Gesicht auf dem Boden des Militärfahrzeugs zu den Verhörzentren transportiert werden. Die Mehrzahl von ihnen ist verbalen und/oder physischen Misshandlungen ausgesetzt, und sie werden nicht über ihr Recht informiert, zu schweigen oder mit einem Anwalt zu sprechen. Einige von ihnen werden in Einzelhaft verwahrt, unter Druck dazu gebracht, sich selbst oder andere zu beschuldigen und manchmal auch gezwungen, Erklärungen zu unterzeichnen, die sie nicht lesen können, weil sie in hebräischer Sprache verfasst sind. Verhöre werden nicht oder nur äußerst selten aufgezeichnet, und für die Verteidiger der Kinder ist es fast unmöglich, an die wenigen vorhandenen Bänder zu gelangen.

Nach mehreren Monaten in Gewahrsam, oftmals unter primitiven Bedingungen und mit nur begrenzter oder gar keiner Schulbildung und einem äußerst eingeschränkten Zugang zur Familie, wird den Kindern in den meisten Fällen von ihren Anwälten geraten, dass ihre besten Chancen auf eine möglichst kurze Haftzeit darin bestehen, sich auf eine Verfahrensabsprache einzulassen, ganz gleich, ob sie verurteilt oder freigesprochen werden. Dies hat zur Folge, dass alljährlich Hunderte von palästinensischen Kindern zum Teil dauerhaft traumatisiert werden, einen Teil ihrer Schulbildung versäumen und anschließend mit der ständigen Gefahr eines deutlich härteren Strafmaßes leben müssen für den Fall, dass sie erneut festgenommen werden.

Im Jahre 2016 wurden 35 palästinensische Kinder durch die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) getötet, viele von ihnen im Rahmen so genannter Messer- oder Scheren-Attacken auf Soldaten. Dabei mussten die meisten von ihnen nur deshalb (und völlig unnötig) sterben, weil sie auf „bedrohliche Weise“ mit einem Messer oder einer Schere hantiert hatten. Unter diesen Kindern waren auch Mädchen. Und natürlich könnten sie noch leben, weil israelische Soldaten über die nötige Ausrüstung und die Waffen verfügen, um sie zu entwaffnen oder außer Gefecht zu setzen. In einigen Fällen handelte es sich bei den Attacken allerdings um den bewussten Suizid depressiver oder psychisch gestörter Kinder. (Unlängst hat sogar ein Israeli Selbstmord begangen – er hinterließ eine Nachricht –, indem er sich mit einem Messer in der Hand vor israelischen Soldaten postierte.) Eine Frage bleibt dabei unbeantwortet: Welche Lebensumstände bewegen palästinensische Kinder im Alter von 8, 12 oder 15 Jahren zu Handlungen, von denen sie wissen, dass sie ihren sicheren Tod bedeuten?

III. Rolle und Spielraum der Zivilgesellschaft

1. Wie bewerten Sie das restriktive NGO-Gesetz in Israel? Ist es ein Ausdruck dafür, dass das Recht auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit gefährdet ist und eine menschenrechtsbasierte demokratische Politik an Wert verliert? (SPD)
2. Wie schätzen Sie die Handlungsfähigkeit der israelischen Friedensbewegung bzw. von Menschenrechtsverteidigern in Israel vor dem Hintergrund von Angriffen sowohl durch die israelische Regierung als auch durch unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sowie vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren massiv verschärften und sich weiter verschärfenden gesetzlichen Lage ein? (DIE LINKE.)
3. Wie ist Ihre Einschätzung zu dem „Shrinking Space“ für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in der israelischen und in der palästinensischen Gesellschaft? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese drei Fragen lassen sich zusammengefasst beantworten. Israel erhöht seine Repressionen gegen Menschenrechtsorganisationen und NRO, die sich für einen gerechten Frieden einsetzen. Die jüngste Rechtsprechung richtet sich gegen die Finanzierung linker Organisationen durch die EU und andere ausländische Geldgeber, nicht aber gegen die Finanzierung rechtsgerichteter Organisationen. Auf diese Weise sollen Menschenrechtsgruppen in ihrer Kritik an der Besatzung und in ihrem Recht eingeschränkt werden, sich für BDS, also Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen einzusetzen, die seit Jahrzehnten den Kampf für soziale Gerechtigkeit, auch gegen die Apartheid in Südafrika und für die Bürgerrechte von Schwarzen in den USA, bestimmen. Es gab Versuche, die Autorität des Obersten Gerichts zu beschränken, weil es menschenrechtliche Belange über Regierungsstrategien gestellt hat, was auch eine ausdrückliche Bevorzugung „jüdischer Interessen und Werte“ gegenüber den Interessen und Werten der Demokratie und der Menschenrechte beinhaltete. Allein der Gedanke, dass ein Staat eine Gruppe anderen Gruppe vorziehen und dennoch eine Demokratie (eine „jüdische Demokratie“) sein könnte, ist von Grund auf fehlgeleitet. Wenn dieser Gleichung zudem noch eine fortwährende Besatzung hinzugerechnet wird, dann ist es nicht mehr möglich, rechtsstaatliche Grundsätze, Menschenrechte oder den Vorrang der Demokratie aufrechtzuerhalten.